

KULTUR. JUGEND. BILDUNG.

Positionen der Parteien

CDU, DIE LINKE, SPD, FDP und DIE GRÜNEN
zur Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt.



Ein Projekt der
Landesvereinigung kulturelle
Kinder- und Jugendbildung
Sachsen-Anhalt e.V.

Wir fördern soziale und kreative Kompetenz

Einleitung

Im März 2011 wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Der Wahlkampf läuft bereits auf Hochtouren. Viele Themen, zahlreiche Programme und ungezählte Versprechen prasseln auf die Bürger_innen nieder. Schwierig, da den Überblick zu behalten und zu entscheiden, was wirklich wichtig ist.

Uns, als eine Institution der kulturellen Kinder- und Jugendbildung interessiert natürlich vorrangig, wie die Parteien über unsere Arbeit denken. Darum haben wir nachgefragt: Soll Kultur stärker gefördert werden oder muss sie sich ihren eignen Weg bahnen? Soll das Bildungsangebot ausgebaut oder beibehalten werden? Und wie steht es um die Kunst, die Leseförderung und die soziale Arbeit? Insgesamt 22 Fragen haben wir den fünf großen Parteien, die zur Landtagswahl 2011

antreten, zugesandt. Ihre Antworten, ihre Ansichten und ihre Positionen finden Sie hier.

Diese Broschüre soll all jenen helfen, sich ein Bild über die Politik von CDU, DIE LINKE, SPD, FDP und DIE GRÜNEN zu machen, denen die Kultur, die Kinder- und Jugendarbeit oder die Bildung am Herzen liegt, die für sie arbeiten oder die ihre Angebote schätzen.

Erarbeitet wurde dieses Angebot von der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung (.lkj) Sachsen-Anhalt e.V. - durch die Mitarbeiter_innen, den Vorstand und den Beirat. Dabei haben wir versucht möglichst viele Felder der Kultur-, Jugend- und Bildungsarbeit einzuschließen, die Fragen aber trotzdem konkret und unmissverständlich zu formulieren.

Über diese Broschüre

Unsere 22 Fragen haben wir in fünf Themenbereich gegliedert:

- KULTURFINANZIERUNG UND -FÖRDERUNG
- TEILHABE UND SOZIALE ASPEKTE
- SCHULISCHE UND AUSSERSCHULISCHE BILDUNG
- SPEZIELLE SZENEN (THEATER, MUSIK, INTEGRATION, LESEFÖRDERUNG etc.)
- BREITENKULTUR UND HOCHKULTUR, KULTURWIRTSCHAFT

Für die Reihenfolge, in der die Antworten der Parteien abgedruckt sind, haben wir uns an deren Ergebnissen bei der

letzten Landtagswahl orientiert. Also beginnend mit der CDU und endend mit DIE GRÜNEN. Die Antworttexte wurden nicht bearbeitet oder korrigiert - weder inhaltlich noch orthografisch. Einzig die Texte der Parteien, die nicht im Einzelnen auf die Fragen eingegangen sind, sondern einen allgemeine, themenumfassende Antwort zurückgeschickt haben, wurden von uns für eine bessere Übersichtlichkeit zerlegt und auf die Fragen aufgeteilt.

Die Fragen und Antworten finden sich auch im Internet unter www.lkj-sachsen-anhalt.de.

Über kulturelle Kinder- und Jugendbildung

Kulturelle Jugendbildung ist in der Regel ein Zusammenwirken in Gruppen. Ob gemeinsam ein Theaterstück erarbeitet, musiziert, kreativ experimentiert oder getanzt wird: Kinder und Jugendliche lernen auf spielerische Weise soziales Verhalten. In vielen Jugendkulturprojekten spielen wichtige Themen wie zum Beispiel Ökologie, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit eine Rolle. Hier erarbeiten sich junge Menschen selbstständig neue Einsichten in gesellschaftliche Verhältnisse. Einsichten, die den Weg freimachen für mehr Engagement und Toleranz gegenüber dem Fremden und Andersartigen.

Kulturelle Bildung muss eine öffentliche und vor allem auch staatliche Aufgabe

bleiben. Vom Markt lässt sich aufgrund seiner – in anderen Gesellschaftsfeldern vorteilhaften – Funktionsweise nicht erwarten, dass er „Bildung für alle“ ermöglichen wird.

Bildungspolitik auf allen Ebenen des Staates hat die Verantwortung, geeignete Unterstützungssysteme für individuelle Bildungsprozesse bereitzustellen. Dies muss neben Schule und Hochschule, neben beruflicher Bildung und Weiterbildung die außerschulische Bildung ausdrücklich mit einbeziehen. Bildungspolitik ist dafür verantwortlich, die grundsätzliche Chancengleichheit im Zugang zu Bildungsangeboten zu sichern.

Impressum

.lkj) Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V.

Liebigstraße 5

39104 Magdeburg

Hotline: 09001.09 00 10 [Mit 48 cent/Minute unterstützen Sie die Arbeit unseres gemeinnützigen Vereins]

Fon: 0391.244 51 60

Fax: 0391.244 51 70

E-Mail: lkj@jugend-lsa.de

Web: www.lkj-sachsen-anhalt.de

facebook.com/lkjlisa • twitter.com/lkjlisa

Verantwortlich: Axel Schneider (Geschäftsführer)

Auflage: 1000 Stück • Erschienen 02/2011

Vereinsregister: VR 11087 AG Stendal • Str.Nr.: 102 | 142 | 03583 FA Magdeburg • Betriebsnummer: 03328814

Das Copyright für von der .lkj) selbst erstellte Objekte verbleibt bei der .lkj). Das Layout, die grafische Gestaltung sowie die redaktionellen Beiträge des Angebots insgesamt sowie im einzelnen sowie ihre Auswahl und Zusammenstellung sind urheberrechtlich geschützt. Die Weiterverwendung und Vervielfältigung zu privaten Zwecken ist gestattet. Eine öffentliche bzw. kommerzielle Verwendung des Angebots bedarf der vorherigen Zustimmung der .lkj). Einzelne Inhalte können gesonderte Urheberrechtsvermerke enthalten, die zu beachten sind.

Die .lkj) ist bestrebt, in allen Publikationen die Urheberrechte der verwendeten Grafiken, Tondokumente, Videosequenzen und Texte zu beachten, von ihr selbst erstellte Grafiken, Tondokumente, Videosequenzen und Texte zu nutzen oder auf lizenzfreie Grafiken, Tondokumente, Videosequenzen und Texte zurückzugreifen.

THEMA 1: KULTUR ALS PFLICHT- AUFGABE? KULTUR NACH KASSENLAGEN?

Sachsen-Anhalt ist auf einem guten Weg, kulturelle Bildung rechtlich abzusichern (Musikschulgesetz, Bibliotheksgesetz) und damit Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ umzusetzen. Einige Fragen sind dabei aber noch offen.



Frage 1: Wie soll zukünftig die Abgrenzung zwischen pflichtigen und freiwilligen Aufgaben in der Kultur geregelt werden?

CDU Die finanzielle Ausstattung der Kommunen im Bereich der pflichtigen Aufgaben soll weiterhin durch das Land unterstützt werden. Hier gilt das Konnexitätsprinzip. Im Bereich der freiwilligen Aufgaben, die von den Kommunen geleistet werden, wird das Land keinen Einfluss auf die Gestaltung der finanziellen Spielräume nehmen, sofern nicht durch gezielte, beantragte Fördermaßnahmen Hilfestellung möglich ist.

LINKE DIE LINKE hat sich in den zurückliegenden Jahren konsequent dafür eingesetzt, dass Empfehlungen der Enquetekommission Kultur des Deutschen Bundestages in Sachsen-Anhalt umgesetzt werden. Hierbei konnten wir beim Bibliotheksgesetz erste Erfolge verzeichnen, ein Musikschulfördergesetz, von uns initiiert, haben wir in Sachsen-Anhalt schon. Ein Antrag unserer Fraktion zu einer Bundesratsinitiative, die Förderung der Kultur im Grundgesetz zu verankern, fand leider bei CDU und SPD keine Mehrheit. Dennoch halten wir auch zukünftig an dieser Position fest. Artikel 36 der Landesverfassung benennt die Kulturförderung als ein Staatsziel für Sachsen-Anhalt, Land und Kommunen stehen in der Pflicht, nach ihren Möglichkeiten Kultur zu fördern. Grundsätzlich sehen wir es

als problematisch an, die Kulturförderung zur kommunalen Pflichtaufgabe zu machen, weil dadurch noch kein Cent mehr in die Haushaltskassen der Kommunen fließt. In einigen Bereichen betrachten wir es allerdings als sinnvoll, Pflichten einzufordern. So enthielt unser Entwurf für ein Bibliotheksgesetz die Aussage, dass alle Bürgerinnen und Bürger das Recht auf ein gut erreichbares Bibliotheknetz haben, welches durch die Kommunen gemeinsam gesichert werden muss. Auch bei der Förderung der Theater und Orchester haben sich die Kommunen zu mehrjährigen finanziellen Ausgaben verpflichtet. Grundsätzlich vertritt DIE LINKE die Auffassung, dass die beste Kulturpolitik darin besteht, eine solide Finanzausstattung der Kommunen abzusichern.

SPD Die SPD steht zur öffentlichen Förderung von Kunst und Kultur. Wir streben an, dafür weiterhin ca. 1 Prozent des Landeshaushaltes zur Verfügung zu stellen. Die öffentlichen Fördermittel sind in den meisten Fällen die Voraussetzung für die Generierung weiterer kommunaler und privater Zuwendungen. Wesentliche Förderinstrumentarien des Landes sollen auch in Zukunft die vertragsgebundene Kulturförderung, die institutionelle Förderung sowie Förderrichtlinien zur Unterstützung von Kunst- und Kultur sein. Wichtig ist uns aber auch eine realistische Einschätzung der kulturpolitischen Rahmenbedingungen. Wünschenswert und sinnvoll wäre sicher vieles, aber wir müssen auch schauen, dass die Finan-

zierung abgesichert werden kann und wir die zur Verfügung stehenden Mittel so effektiv wie möglich einsetzen. Vor dem Hintergrund der eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte wird in den kommenden Jahren nicht damit zu rechnen sein, kulturelle Leistungen und Angebote zur Pflichtaufgabe zu erheben. Stattdessen wollen wir die Leitlinien zur Kulturpolitik in einem demokratischen Diskurs mit Trägern und kulturellen Einrichtungen zu einem Landeskulturkonzept weiter entwickeln. Das zu erarbeitende Landeskulturkonzept soll die wesentlichen kulturpolitischen Handlungsfelder der nächsten Jahre beschreiben.

FDP Der Artikel 36 der Verfassung Sachsen-Anhalts, verabschiedet unter einer Regierung mit FDP-Beteiligung trifft eine ganz klare Aussage:

Artikel 36 Kunst, Kultur und Sport

- (1) Kunst, Kultur und Sport sind durch das Land und die Kommunen zu schützen und zu fördern.
- (2) Die heimatbezogenen Einrichtungen und Eigenheiten der einzelnen Regionen innerhalb des Landes sind zu pflegen.
- (3) Das Land und die Kommunen fördern im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die kulturelle Betätigung aller Bürger insbesondere dadurch, daß sie öffentlich zugängliche Museen, Büchereien, Gedenkstätten, Theater, Sportstätten und weitere Einrichtungen unterhalten.
- (4) Das Land sorgt, unterstützt von den Kommunen, für den Schutz und die Pflege der Denkmale von Kultur und Natur.
- (5) Das Nähere regeln die Gesetze.

Für die FDP ist deshalb Kultur eine Pflichtaufgabe. Vorrangig muss die finanzielle Ausstattung der Kommunen – unter anderem durch eine echte, aufgabengerechte Ausgestaltung des Finanzausgleichsgesetz – so verbessert werden, dass sie auch ihre freiwilligen Aufgaben wahrnehmen können. Dann können die Kommunen und ihre gewählten Räte selbst entscheiden, was ihnen ihre Kulturlandschaft vor Ort wert ist. Sollte aufgrund der demografischen Entwicklung im Bereich der Kinder- und Jugendbildung und der Kultur gespart werden?

GRÜNE Eine kulturelle Grundversorgung, insbesondere auch in den ländlichen Gebieten des Landes, ist als eine Pflichtaufgabe des Staates zu sehen. Zur Finanzierung und damit zur Erhaltung der Kultureinrichtungen treten wir für ein Kulturraumgesetz ein. Die Definition konkreter gesetzlicher Pflichtaufgaben ist aber sehr sinnvoll und sollte ausgeweitet werden, um die Grundversorgung zu definieren und von der Kassenlage unabhängiger zu machen. Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche sollen Pflichtaufgabe der Kommunen und des Landes werden. Das trägt dazu bei, dass Kinder und Jugendliche sich entsprechend ihrer Neigungen ABER unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern in diesem Bereich betätigen können.

Frage 2: Sollte aufgrund der demografischen Entwicklung im Bereich der Kinder- und Jugendbildung und der Kultur gespart werden?

CDU Unserer Auffassung nach ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht ratsam, im Bereich der Kinder- und Jugendbildung zu sparen. Die demografische Entwicklung wird in den kommenden Jahren bis 2020 eine Verstärkung der Kinderzahlen auf einem niedrigen Niveau sehen, bevor dann wieder ein leichter Rückgang der Zahlen zu erwarten ist. Nach 2020 muss also mit einer Anpassung im Bereich der Kinder- und Jugendbildung gerechnet werden.

LINKE Auch bei einem fortschreitenden Rückgang der Bevölkerung muss die kulturelle Jugendbildung gesichert werden. Dafür müssen im Rahmen der finanziellen Spielräume angemessene Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

SPD (s. Antwort auf Frage 1, Anm. d. Red.)

FDP Zum jetzigen Zeitpunkt sieht die FDP keine Notwendigkeit für Kürzungen in der Kinder- und Jugendbildung, als auch in der Kultur. Die so genannte Demografierendite sollte für eine weitere Verbesserung der Qualität genutzt werden. Richtig ist aber auch, dass die Träger kritisch prüfen, welche ihrer Angebote von der jeweiligen Zielgruppe auch wirklich angenommen werden und gegebenenfalls im eigenen Interesse Änderungen vornehmen.

GRÜNE In den nächsten Jahren ist keine dramatische Verringerung der Anzahl von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt zu erwarten. Auch verlangsamt sich der Bevölkerungsrückgang, in Magdeburg ist er vielleicht sogar schon beendet. Deshalb kann die demographische Entwicklung kein Argument für Sparmaßnahmen bei der Kultur sein. Im Gegenteil, gute kulturelle Angebote sind wichtig, um das Land für Investitionen und Zuwanderung attraktiv zu machen.

THEMA 2: TEILHABE UND SOZIALE ASPEKTE

Kultur, Bildung und Jugendförderung sind wichtige Bestandteile im Fundament einer freien und integren Gesellschaft. Aber was nutzen diese Angebote, wenn sie bei denen, die sie am nötigsten brauchen, nicht ankommen?



Frage 3: Teilhabe: Jedes Kind in Sachsen-Anhalt soll die Möglichkeit haben, an kulturellen Angeboten teilzuhaben. Wie soll dies in der Praxis umgesetzt werden?

CDU Die Bundesregierung plant sogenannte Bildungsgutscheine, mit denen auch kulturelle Angebote wahrgenommen werden sollen. Die CDU in Sachsen-Anhalt unterstützt dieses Anliegen, wenngleich damit noch nicht gesagt ist, dass die kulturellen Angebote auch beim Adressaten ankommen. Dazu bedarf es weiterer Aufklärung und Hilfestellung durch Einrichtungen wie zum Beispiel die Kinder- und Jugendstiftung.

LINKE Ein bedeutendes und sehr prägendes Stadium in der kindlichen Entwicklung ist die frühkindliche Phase bis zu 6 Jahren. Wir befürworten deshalb den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen und sehen im Programm „Bildung elementar – Bildung von Anfang an“ einen wichtigen Rahmen frühkindlicher Bildung. Das Bildungsprogramm beschäftigt sich u.a. ausführlich mit Fragen ästhetischer Arbeit in der Kita, es gibt Leitfragen für Erzieherinnen und Erzieher vor und formuliert Erfahrungsziele für den Bildungsbereich Ästhetik und Kreativität.

SPD Der Zugang zu kulturellen Angeboten und zur Kultur muss jedem möglich und darf keine Frage des Geldbeutels sein. Insbesondere Kin-

dern und Jugendlichen wollen wir den Zugang zur Kultur erleichtern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass kulturelle Bildungsangebote eine Aufgabe aller Bildungseinrichtungen werden und ein integraler Bestandteil der Kultureinrichtungen sind. Der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu. Wir unterstützen daher die Bemühungen von Trägern für einen kostenfreien Eintritt von Kindern und Jugendlichen in Kultureinrichtungen.

FDP Bereits heute gibt es eine Vielzahl von kulturellen Angeboten, die für Kinder ermäßigt oder gar kostenlos angeboten werden. Dabei muss allerdings darauf geachtet werden, dass Kinder lernen, dass Kultur etwas „wert“ ist. Außerhalb der Schule sind es allerdings in allererster Linie die Eltern, die ihren Kindern kulturelle Angebote näher bringen müssen.

GRÜNE Die kulturelle Bildung ist ein ernst zu nehmender Auftrag an die Kitas und die Schulen. Darüber hinaus ist es notwendig, gezielte Angebote an Kinder bildungsferner Schichten zu entwickeln und zu finanzieren.

Frage 4: Streben Sie besondere Programme für „bildungsferne Schichten“ oder „sozial benachteiligte“ Bevölkerungsgruppen an, welche Rolle spielt in diesem Programm Kultur und kulturelle Bildung?

CDU Weitere Programme sind aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen des Landeshaushaltes derzeit nicht geplant. Wir werden aber nach Möglichkeit kommunale Initiativen unterstützen.

LINKE Leider können ca. 40 Prozent der Kinder in Kindertagesstätten nur halbtags am gemeinsamen Lernen und Spielen teilnehmen, weil ihre Eltern entweder arbeitslos oder teilzeitbeschäftigt sind. Damit werden zumeist diejenigen Kinder ausgeschlossen, die aus sogenannten bildungsfernen Schichten stammen und einen Nachteilsausgleich am dringendsten brauchen. Deshalb ist die Forderung der LINKEN nach der Wiedereinführung des Ganztagsanspruches für alle Kinder, unabhängig vom sozialen Status der Eltern, nicht nur eine bildungspolitische Notwendigkeit und ein Gebot sozialer Chancengerechtigkeit, sondern vor allem auch ein Weg, tatsächlich jedem Kind kulturelle, musische und ästhetische Erfahrungswelten zu öffnen. (vgl. auch Abschnitt 4 Aussagen zur musisch-ästhetischen Bildung und zum Projekt „Theater als Schule des Sehens“.)

DIE LINKE setzt sich für umfassende

Chancengleichheit ein. Das bedeutet, dass für alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft und auch unabhängig von körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen, Möglichkeiten zur Wahrnehmung kultureller Angebote gewährt werden müssen. Das setzt zum einen voraus, dass diese Angebote finanziell für alle erschwinglich sind. Dies sollte in der Regel durch Zuschüsse an die Anbietenden geregelt werden, damit stigmatisierende Antragsverfahren o. ä. vermieden werden können. Gesonderte Programme für bestimmte Bevölkerungsgruppen, die separierende Wirkung haben, sollen vermieden werden. (Auch das künftige „Bildungspaket“ sollte so einsetzbar sein, dass keine Separierungen passieren!)

SPD (s. Antwort auf Frage 3, Anm. d. Red.)

FDP Viele kulturelle Angebote sind für Menschen mit sozial schwachem Hintergrund schon jetzt stark vergünstigt. Von Seiten der Bundesregierung ist darüber hinaus im Bildungspaket für hilfebedürftige Kinder vorgesehen, dass es ein Teilhabebudget für Vereins-, Kultur- und Ferienangebote mit einschließt. Wie kulturelle Angebote für „bildungsferne Schichten“ attraktiver gemacht werden können, ist eine Frage, die sich vor allem die Anbieter selbst beantworten müssen.

GRÜNE Wir fordern einen Kulturgutschein für Kinder und Jugendliche ebenso wie die kostenfreie Benutzung der Bibliotheken für diese NutzerIn-

nengruppe. Wir stehen für eine Ganztagschule, die den Schülerinnen und Schülern sinnvolle Freizeitangebote unterbreiten.

Frage 5: Sollte es für Menschen mit Behinderungen eine besondere Förderung der kulturellen Bildungsangebote geben?

CDU Eine weitere Spezifizierung der Förderung von benachteiligten Gruppen ist unserer Auffassung nach nicht erforderlich.

LINKE Zum anderen müssen die Anbieter für barrierefreie Zugänglichkeit ihrer Angebote im weitesten Sinne sorgen, damit auch Menschen mit Behinderungen inklusiv kulturelle Bildungsangebote nutzen können. Darüber hinaus kann es auch sinnvoll sein, kulturelle Bildungsangebote für Menschen mit Behinderungen besonders zu fördern, damit noch bestehende gesellschaftliche und bauliche Barrieren besser überwunden werden können. Besondere Förderung sollte es jedoch vorrangig für Angebote geben, die so gestaltet sind, dass jede und jeder ungehindert Zugang hat und die sich sowohl an Menschen mit als auch ohne Behinderungen richten.

SPD Die Schaffung von Barrierefreiheit in den Kultureinrichtungen ist für die SPD eine besondere Verpflichtung.

FDP Zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung gehört nicht zuletzt die kulturelle Teilhabe. Die FDP geht davon aus, dass es grundsätzlich jedem Menschen möglich sein sollte, alle Angebote der Kultur zu nutzen.

GRÜNE Die gesellschaftliche Partizipation von Menschen mit Behinderung am kulturellen Leben ist ein Menschenrecht, das durch eine UNO-Konvention, die seit zwei Jahren gültig ist, geschützt wird. Somit steht das Land in der Pflicht, den Zugang dieser Menschen sowohl zur Wahrnehmung vorhandener kultureller Angebote, als auch zur Entwicklung eigener kultureller Angebote zu fördern. Das kann zum Beispiel durch die Finanzierung von Gebärdendolmetschern bei Kulturveranstaltungen oder die Förderung von Theatergruppen behinderter Menschen geschehen. An vielen Stellen sind noch barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Gebäuden zu finanzieren.

THEMA 3: SCHULISCHE UND AUSSER- SCHULISCHE BILDUNG

Kaum ein Thema beschäftigt die politischen Diskussionen Sachsen-Anhalts so sehr, wie das der Schulbildung. Uns interessiert natürlich vor allem: Wie viel Kultur soll es in den Lehrplänen geben?

Frage 6: Wie stehen Sie zur Vernetzung der Politikfelder Jugendpolitik, Kulturpolitik und Bildungspolitik und wie kann diese realisiert werden? Ist eine durchlässige Förderung kultureller Bildung aus diesen drei Politikfeldern im Sinne einer Baukastenförderung sinnvoll und umsetzbar?

CDU Die drei Politikfelder sind schon vernetzt. Nach Auffassung der CDU greifen Jugendpolitik, Kulturpolitik und Bildungspolitik ineinander und ergänzen sich gut.

LINKE Eine grundsätzliche Vernetzung der Politikfelder Jugend, Bildung und Kultur erscheint uns aus inhaltlichen Erwägungen durchaus eine diskussionswürdige Entwicklungslinie zu sein. Auf Grund der Verankerung in verschiedenen Ressorts halten wir eine schnelle Lösung aber eher für unwahrscheinlich. Wir treten aber dafür ein, projektbezogen Fördermittel der genannten Gebiete – und ggf. auch weiterer – zu bündeln und sie gemeinsam einsetzen zu können.

SPD Eine inhaltliche Vernetzung der Politikfelder Jugendpolitik, Kulturpolitik und Bildungspolitik findet bereits statt. Repräsentativ sei an dieser Stelle das 2010 verabschiedete Bibliotheksgesetz genannt. Diese Vernetzung wollen und werden wir ausbauen. Eine durchlässige Förderung kultureller Bildung aus diesen drei Politikfeldern im Sinne einer Baukastenförderung kann im Einzelfall sinnvoll sein und sollte dort, wo es praktikabel erscheint, umgesetzt werden.

FDP Die FDP setzt sich mittelfristig für eine komplette Übertragung des Lehrperso-

nals auf die Schulträger ein. Jugendhilfe, Kultur und Schulbildung würden aus einer Hand und in einem Guss erfolgen können. Abstimmungsprobleme könnten dann auf der kommunalen Ebene geklärt werden.

GRÜNE Diese Politikfelder müssen unbedingt vernetzt und in der Verantwortung eines Ministeriums zusammengefasst sein. Mit den Ganztagschulen wird das soziale Zusammenleben an den Schulen einen höheren Stellenwert im Bildungsauftrag erhalten. Die Schulen müssen damit auch Aufgaben der Jugendpolitik und Kulturpolitik stärker in ihre Arbeit einbeziehen. Die Gesamtschulen müssen für derartige Angebote Mittel oder finanzierte Kooperationspartner haben.

Frage 7: Welchen Stellenwert sollen kulturelle Bildung und ästhetische Früherziehung im Vorschulbereich erhalten und wie soll diese gefördert werden?

CDU Nach Auffassung der CDU ist es geboten, im Vorschulbereich den Bildungsaspekt stärker als bisher zu betonen und durch geeignete Maßnahmen zu unterlegen. Allerdings sollte gerade in diesem frühen Stadium der Erziehung im Vorschulbereich die Bildung nicht übertrieben werden. Wir dürfen die Kinder in diesem Alter nicht überfordern.

LINKE (Keine Antwort, Anm. d. Red.)

SPD Eine wesentliche Orientierung für die pädagogische Arbeit in den Kindertagesstätten bildet das Bildungsprogramm „Bildung:

elementar- Bildung von Anfang an“. Das Bildungsprogramm beschreibt die wesentlichen Bildungsbereiche und liefert diesbezüglich Anregungen und Ziele. Die kulturelle Bildung und ästhetische Früherziehung sind Bestandteile des Programms. Wir streben eine Weiterentwicklung des Bildungsprogramms an.

FDP Unter FDP-Verantwortung hat das Sozialministerium in der letzten Legislaturperiode das Programm „bildung:elementar“ in den Kindertagesstätten eingeführt. Auf kulturelle und ästhetische Früherziehung wird darin ein besonders Augenmerk gelegt. Im Curriculum der Erzieherausbildung ist vorgeschrieben, dass die Vermittlung dieser Fähigkeiten auch an die Auszubildenden weiterzugeben ist. Damit geht auch ein Wandel im Berufsverständnis einher, der natürlich längst noch nicht abgeschlossen ist.

GRÜNE Wir wollen die frühkindliche Bildung in den Kitas stark ausbauen. Dazu gehören selbstverständlich auch kulturelle Bildung und ästhetische Früherziehung. Insbesondere soll zum Beispiel eine musikalische Früherziehung an den Kitas erfolgen, indem Personal entsprechend qualifiziert wird. Das ist eine längerfristig umzusetzende Aufgabe.

Frage 8: Welchen Stellenwert hat die schulische und außerschulische Bildung in der zukünftigen Landespolitik? Wie wichtig ist kulturelle Bildung im Vergleich zu anderen (sozialen, naturwissenschaftlich-technischen, beruflichen, ökologischen) Aspekten?

CDU Die schulische wie die außerschulische Bildung haben in den zurückliegenden Jahren einen hohen Stellenwert in der Politik der CDU gehabt. Daran wird sich auch in den kommenden Jahren nichts ändern. Unsere Anstrengungen im Bereich der schulischen Bildung sind durch gute Ergebnisse bei Schulleistungsuntersuchungen in den zurückliegenden Jahren belohnt worden. Auch die außerschulische Bildung kann davon profitieren. Kulturelle Bildung bildet den Rahmen, in dem sich die von Ihnen angesprochenen Aspekte widerspiegeln. Sie bildet sozusagen die Klammer für alle anderen Bereiche.

LINKE Schulische Bildung hat aus unserer Sicht eine „Kristallisationsfunktion“. Sie muss für alle Kinder und Jugendlichen den Erwerb von Schlüsselkompetenzen ermöglichen und darüber hinaus einen Beitrag leisten, das kulturelle und humanistische Erbe zu wahren. Wir können schon über Jahre beobachten, dass außerschulische Bildungsprozesse und Informationsangebote immer weiter an Bedeutung gewinnen. Schulische Bildungsangebote sehen wir in der Verantwortung zu helfen, diesem Lernen Struktur und Richtung zu geben und soziale Chancengleichheit für alle beim Bildungszugang zu gewährleisten. In diesem Sinne werden wir uns für eine ausgewogene Entwicklung

und Förderung beider Bereiche einsetzen. Wir treten für ein ausgewogenes Verhältnis von kultureller, sozialer, naturwissenschaftlich-technischer, beruflicher, ökologischer Bildung ein. Im Rahmen der von uns vertretenen Schulreform hat die Entwicklung und Stärkung der Sekundarschulen als ernsthafte Alternative zum Gymnasium eine zentrale Stellung. Insbesondere wollen wir dazu beitragen, dass vor allem die Sekundarschulen aber auch die Gymnasien ein polytechnisches Profil entwickeln. Dafür sehen wir verschiedene Gründe, u.a. auch die jahrelange Vernachlässigung des „Technischen“ besonders im gymnasialen Bildungsgang. Diese Orientierung betrachten wir nicht im Gegensatz zur notwendigen Qualifizierung der künstlerisch-ästhetischen Bildungsangebote. Im Gegenteil. Wir halten sie für unverzichtbar in einem humanistischen, auf Emanzipation, Partizipation und gesellschaftliche Verantwortung gerichteten Bildungsprozess. „Technisches“ und „Kulturell-Künstlerisches“ können sich außerdem auf interessante Weise durchdringen, ergänzen und gegenseitig Entwicklungsimpulse auslösen.

SPD Für die SPD genießt die schulische und außerschulische Bildung eine sehr hohe Priorität. Dabei nimmt die kulturelle Bildung eine Schlüsselfunktion ein, da sie die Grundlage dafür bildet, überhaupt am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben. Kulturelle Bildungsangebote müssen daher ein immanenter Bestandteil der schulischen Arbeit sein.

FDP Bildungspolitik ist das größte Politikfeld, das fast ausschließlich in Verantwortung der Länder liegt. Allein schon deshalb wird sie

ihren herausragenden Charakter auch weiterhin behalten. Kulturelle Bildung stellt über das Erlernen von traditionellen und modernen Kulturtechniken den Schlüssel zur Bildung insgesamt dar. Die Vermittlung von Kultur bildet darüber hinaus die Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die kulturelle Bildung ist aus Sicht der FDP eine wichtige Investition in die Zukunft. Mit der Vermittlung kultureller Werte und künstlerischer Fähigkeiten werden Kinder und Jugendliche zu eigenständigem und verantwortungsbewusstem Handeln befähigt.

GRÜNE Sie hat einen sehr zentralen Stellenwert, da hiermit die Zukunftsfähigkeit des Landes gesichert wird. Ganztagschulen bieten Freiräume für die persönliche Entfaltung der Schülerinnen und Schüler, indem sie Übungsräume für unterschiedliche Betätigungen vorhalten und den Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit geben, Neues auszuprobieren, kreative Tätigkeiten nachzugehen, ein Instrument zu erlernen oder sich in einer Sportart zu engagieren. Wir sehen alle diese Aspekte als sehr wichtig an. Keiner darf vernachlässigt werden. Gleichzeitig sollten besondere Interessen einzelner Schülerinnen und Schüler gefördert werden. Alle genannten Aspekte sind unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit zu betrachten.

Frage 9: Welchen Stellenwert haben kulturelle Bildungsangebote an Schulen? Sollen diese für Schülerinnen und Schüler kostenlos sein?

CDU Nach Auffassung der CDU sind kultu-

relle Bildungsangebote wie der Besuch von Theaterstücken oder Musikaufführungen nicht zwangsläufig kostenfrei zu stellen. Dies sollte aber auf der Ebene der jeweiligen Schule entschieden werden, vielleicht sogar auf der Ebene der jeweiligen Klasse, denn eine Eigenbeteiligung der Schüler hebt den Stellenwert der Kultur im Empfinden der Schüler mehr als eine pauschal kostenlose Teilnahme. Wir wollen aber ausschließen, dass in Einzelfällen Schülern der Zugang zu kulturellen Angeboten nicht möglich ist.

LINKE Kulturelle Bildungsangebote an Schulen sind für uns von hoher Bedeutung. Wir werden die Spielräume des Landes nutzen, um sie weitgehend kostenlos anbieten zu können. Gerade das wird es den Schulen ermöglichen, ihrer sozialen Integrationsfunktion besser gerecht werden zu können. Dafür sprechen auch von uns initiierte Projekte wie zur musisch-ästhetischen Bildung sowie zu Theatererlebnissen für alle Grundschul Kinder.

SPD (s. Antwort auf Frage 9, Anm. d. Red.)

FDP Kulturelle Bildungsangebote haben einen hohen Wert an sich. Angebote an Schulen sind als Bestandteil des Unterrichts kostenfrei. Bei der Nutzung kultureller Einrichtungen zur Ergänzung des Unterrichts sollten die Schülerinnen und Schüler auch erkennen, dass diese etwas kosten. Nur dann werden sie auch später bereit sein, beispielsweise über Steuern oder Eintrittsgelder kulturelle Angebote zu finanzieren. Für Schülerinnen und Schüler, die keinen Kostenbeitrag leisten können muss es eine Unterstützung geben, die ihnen die Teilhabe ermöglicht. Im Bildungspaket der Bundesre-

gierung ist dies auch so vorgesehen.

GRÜNE Derartige Angebote sollten an Schulen selbstverständlich sein und sind in der Ganztagschule Teil der schulischen Tagesgestaltung und daher kostenlos. Auch darüber hinaus gehende kulturelle Bildungsangebote sollen in gewissem Mindestumfang kostenlos sein. Siehe Antwort auf Frage 1.

Frage 10: Wie kann im Bereich der Ganztagschulen professionelle Qualität, z. B. bei Angeboten von Künstlerinnen und Künstlern – gesichert werden?

CDU Professionelle Qualität an Schulen - nicht nur Ganztagschulen - sollte von jedem Künstler erwartet werden dürfen. Dies ist nicht eine Frage der Schulorganisation.

LINKE Wir treten dafür ein, schrittweise die Möglichkeiten zu schaffen, dass alle Sekundarschulen Ganztagsangebote unterbreiten können. Das ist angesichts der zu erwartenden schwierigen Personalsituation im Schulbereich eine ehrgeizige Zielstellung. Derzeit ist noch nicht abzusehen, ob es gelingt, die zur Zeit geltenden Parameter für die Ganztagsangebote halten zu können. Ungeachtet dieser Lageeinschätzung werden wir bemüht sein, bei der Anlage von Förderprogrammen und diesbezüglichen Erlassen der pädagogischen und fachlichen Qualität – die künstlerische eingeschlossen – entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen. Im Übrigen sehen wir auch hier die kommunalen Schulträger in der Pflicht, die regiona-

len Ressourcen zu erschließen, was auch eine Qualitätskontrolle einschließen muss.

SPD (keine Antwort, Anm. d. Red.)

FDP Die FDP geht davon aus, dass an Ganztagschulen insbesondere Nachmittagsangebote durch Vereine und freie Anbieter gestaltet werden sollten. Künstlerische Arbeit entzieht sich regelmäßig der Bemessung durch objektive Qualitätskriterien. Vor allem die Lehrerinnen und Lehrer und auch die Eltern sind deswegen aufgefordert zu beobachten, inwieweit das jeweilige Angebot ihren Ansprüchen und Qualitätserwartungen genügt.

GRÜNE Die Schulen müssen in ihren Budgets, die sie künftig selbst verwalten sollen, auch über Mittel verfüge, um auf Honorarbasis besondere Angebote dieser Art zu realisieren.

Frage 11: Sehen Sie es als Landesaufgabe an, die Aktivitäten und Angebote der kulturellen Bildung landesweit zu erfassen, um im Bereich Schule / Ganztagschule die Information und Wirkung der kulturellen Bildung zu verbessern?

CDU Diese Aufgabe kann durch eine enge Kooperation der Schulen mit der Kinder- und Jugendstiftung erfolgen und bedarf keiner weiteren Einflussnahme durch das Land in Gestalt des Ministeriums.

LINKE Die Frage der landesweiten Erfassung von Angeboten der kulturellen Bildung

sollte in der kommenden Wahlperiode diskutiert werden. Wir setzen bei der Gestaltung von Bildungsprozessen und der Entwicklung der Kulturlandschaft vor allem auf die regionalen Akteure. Dies deshalb, weil wir die Erfahrung gesammelt haben, dass hier vor Ort die sinnvollsten Entscheidungen und wirksamsten Lösungsansätze gefunden werden können. Das schließt landesweite Informationen nicht aus. Die Menge erhobener Daten und Informationen wollen wir aber deutlich reduzieren.

SPD Eine landesweite Erfassung der Angebote der kulturellen Bildung an Schulen durch das Land erscheint vor diesem Hintergrund sinnvoll.

FDP Die Schulen sind gefordert, von den Anbietern Referenzen anzufordern und sich bei anderen Einrichtungen zu erkundigen. Sachsen-Anhalts Schulen müssen sich ohnehin einer regelmäßigen internen und externen Evaluation stellen, dazu sollten solche Angebote auch mit einbezogen werden. Die einschlägigen Verbände helfen bei der Auswahl im Allgemeinen gerne und werden deshalb auch vom Land gefördert. Da insbesondere die Kulturszene eine sehr lebendige ist, dürfte es illusionär sein, alle Angebote aktuell zu erfassen.

GRÜNE Die Landesregierung sollte einen Überblick darüber haben, was auf diesem Gebiet geschieht. Darüber sollte auch landesweit informiert werden, damit interessante Ideen und Angebote eine größere Verbreitung erfahren. Es ist auch nützlich, die Wirkung von Angeboten mit dem Ziel der Qualitätsverbesserung zu untersuchen.

THEMA 4:

SPEZIELLE

SZENEN

Kleine Kultur-Szenen haben es häufig schwer, ihre Interessen durchzusetzen. Dennoch ist ihre Arbeit oftmals besonders schützenswert. Lese- und Musikförderung, Integrationsarbeit, Mehrgenerationenprojekte und Theaterangebote; was wird damit ab März 2011?



Frage 12: Wie sollen Kinder und Jugendliche an die Theaterszene bzw. an das Theater im Land herangeführt werden?

CDU Diese Aufgabe kann sehr gut von den Schulen wahrgenommen werden, indem die Kinder frühzeitig durch Theaterbesuche - nicht nur zur Weihnachtszeit - mit der Theaterszene in Berührung kommen. An sehr vielen Schulen existiert heute schon eine eigene Theatergruppe.

LINKE Theaterarbeit hat nur eine Zukunft, wenn es auch künftig hinreichend Besucher gibt, die in das Schauspiel, die Oper, die Operette oder das Musical gehen. Die Theaterkunst sich erschließen zu können, muss erlernt werden. Grundlegende Bedingung dafür ist, dass Kinder zu einem frühen Zeitpunkt direkten Kontakt zur Theaterarbeit bekommen und erleben, wie direkt und tief sitzend Theater erschüttern, begeistern und helfen kann, eigene Probleme zu meistern. Kinder müssen erfahren können, wie Theaterkunst ihr Denken und Fühlen beeinflussen kann und ihre Kreativität anregt. Mit dem von der Fraktion DIE LINKE im Landtag initiierten und inzwischen angelaufenen Projekt „Theater als Schule des Sehens“ soll in Modellregionen jedem Grundschulkind ein kostenloses Theatererlebnis garantiert werden. Wir glauben, dass damit ein Beitrag geleistet werden kann, die Arbeit der Theater zu unterstützen und ein Bedürfnis nach Theater in der Bevölkerung auszuprägen. Das Projekt sollte verstetigt und schrittweise auf das gesamte Land ausgedehnt werden. Eine Lösung dafür kann unter Beachtung der finanziellen Konsequenzen nur in Zusammenarbeit von Schule, LANZE, den Theatern und der Kultur-

politik auf Landes- und kommunaler Ebene gefunden werden.

SPD Die Heranführung von Kindern und Jugendlichen an das Theater sollte in der Regel in drei Phasen erfolgen:

- a) *Erstbegegnung/regelmäßiger Besuch von Vorstellungen im Puppentheater (Kita) / Theater im Kontext von unterrichtsbezogenen Themen (Schule) / Gastvorstellungen von Theatergruppen an Schulen,*
- b) *Reflektion der Stücke, Rollenspiel, handlungsorientierter Unterricht (Einstudieren / Aufführung von kleinen Theaterstücken im Rahmen des Unterrichts), Verständigung zur Rolle des Theaters allgemein und im Speziellen,*
- c) *Theater-AG an Schulen, Kooperationen zwischen Theater und Schulen.*

FDP Das Land und die Kommunen unterstützen die Heranführung von Kindern und Jugendlichen an das Theater mit nicht unerheblichen finanziellen Mitteln. Dies wird auch so bleiben. Der Besuch von Theatern oder von Theaterleuten an den Schulen wird sicher auch zukünftig das klassische Mittel bleiben. Wie die Veranstalter am erfolgreichsten den Kindern und Jugendlichen das Theaterschaffen nahe bringen, müssen sie aber selbst entscheiden. Dabei haben sich der Einsatz von Theaterpädagogen und die Jugendvereine sehr bewährt.

GRÜNE Grundsätzlich sollten kulturelle Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger in erreichbarer Nähe zum Wohnort vorhanden sein. Das gilt natürlich auch für Schulstandorte. Die Heranführung soll durch Möglichkeiten zum Theaterbesuch altersgerechter Stücke

mit Kita oder Schulklasse sowie Angebote, selbst Stücke zu spielen - was bereits in vielen Kitas und Theater-AGs an Schulen erfolgreich realisiert wird -, erfolgen.

fördern. Das dafür eingesetzte Geld wird im Sozialhaushalt an anderer Stelle gespart, wenn dadurch Einweisungen in Pflegeheime hinausgeschoben oder verhindert werden.

13. Will sich das Land bei der Fortführung der Mehrgenerationenhäuser und intergenerativer Projekte engagieren?

CDU Angesichts der derzeitigen Haushaltslage ist eine solche Maßnahme aus Sicht des Landesgesetzgebers nicht zu finanzieren.

LINKE Die Begegnung von jung und alt bietet die Chance, sich näher kennenzulernen, sich auszutauschen und gegenseitig näher zu kommen und zu respektieren. Eltern-Kind-Zentren, generationenübergreifende Ansätze in Jugendarbeit, Kultur und Sport und die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser sind wichtige Projekte, die DIE LINKE deshalb unterstützt. Wir werden insbesondere auch auf Bundesebene auf eine Fortführung der Ende 2011 auslaufenden Bundesförderung der Mehrgenerationenhäuser drängen.

SPD Wir erachten es für notwendig, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, Mehrgenerationenhäuser und intergenerative Projekte fortzuführen.

FDP Das Land und der Bund engagieren sich bereits und die FDP wird dies beibehalten.

GRÜNE Mit der Zunahme des Anteils älterer Menschen und dem häufigeren Auftreten altersbedingter Probleme ist es sehr sinnvoll derartige Projekte zu entwickeln und zu

14. Musik: Halten Sie eine Initiative, wie „Jedem Kind ein Instrument“ (Programm aus NRW) für sinnvoll in Sachsen-Anhalt?

CDU Eine solche Initiative halten wir in jedem Falle für diskussionswürdig und anstrebenwert.

LINKE Das schlagzeilenträchtige Programm in NRW hat unserer Kenntnis nach keinesfalls bewirkt, dass jedes Kind in Nordrhein-Westfalen über ein Musikinstrument verfügt und im Instrumentalspiel unterrichtet wird. Die Idee ist faszinierend, scheitert aber beim Versuch, es nach Sachsen-Anhalt zu transferieren, am Geld und an den Ausbildungskapazitäten. Das wird sich auf absehbare Zeit auch nicht ändern. In Abschätzung unserer realen Möglichkeiten sind wir in Sachsen-Anhalt einen anderen Weg gegangen. Im Rahmen des Projektes musisch-ästhetische Bildung („MäBi“), dessen Ursprung auf ein von der damaligen PDS initiiertes Schulprojekt zurückgeht, bieten Musikschulen in Kooperation mit Schulen und inzwischen auch in Kindertagesstätten kostenfreien Instrumentalunterricht an, in den insbesondere Kinder einbezogen sind, die in ihren Elternhäusern nicht zum Instrumentalspiel angehalten werden. Das Projekt leistet einen Beitrag zum Nachteilsausgleich für Kinder und ist in den vergangenen Jahren schrittweise ausgeweitet worden. So gelang es der Fraktion DIE LINKE, in dieser Legislaturperiode mehr Haushaltsmittel für MäBi einzustellen.

len, um bestehende Wartelisten abzubauen. Alternativ dazu muss über die Möglichkeiten nachgedacht werden, in den allgemein bildenden Schulen im Musikunterricht die Arbeit mit den Orff-Instrumenten auszuweiten. Das bedarf aber neben den lehrplanmäßigen Voraussetzungen und der Verfügbarkeit der Instrumente der Absicherung des Unterrichts durch Musikfachlehrer. Hier werden wir aber auch in der kommenden Wahlperiode die Personalsituation nicht grundlegend verbessern können.

SPD Initiativen, wie „Jedem Kind ein Instrument“, sind aus dem Blickwinkel der kulturellen Bildung und der Bedeutung von Musik für die kognitive Entwicklung von Kindern begrüßenswert. Allerdings benötigt man dafür Kooperationspartner, mit denen ein solides Konzept zur Sicherstellung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen (insbesondere materielle Ausstattung und Fachpersonal) entwickelt werden kann. In den Beispielländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und Sachsen begannen diese Initiativen mit Pilotprojekten in einzelnen Regionen. Eine ähnliche musikalische Bildungsinitiative, zunächst regional begrenzt, könnten wir uns auch für Sachsen-Anhalt vorstellen.

FDP „JeKi“ war ein sehr ambitioniertes und in der Grundintention ganz sicher auch lobenswertes Programm der schwarz-gelben Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Wahrscheinlich hat es eine ähnliche Initiative in solch einem Umfang vorher nie gegeben. Aufgrund fehlender Erfahrung hatte „JeKi“ unvermeidlich Schwächen, vor allem was den langfristigen Erfolg anging, der sich leider längst nicht überall einstellte. Für die Strukturen im Land Sachsen-Anhalt scheint „JeKi“

insbesondere unter Würdigung der fehlenden Fachkräfte beim Instrumentalunterricht im Moment ungeeignet.

GRÜNE Ein solches Programm wäre sehr zu begrüßen, aber die personelle und finanzielle Realisierbarkeit scheint eher fraglich. Falls es Finanzierungsquellen gibt, sollte das Land durch Kofinanzierung derartiger Initiativen unterstützen.

15. Welchen Stellenwert in der zukünftigen Landespolitik haben Literatur- und Leseförderung, welche Rolle spielt hier die Kinder- und Jugendbildung?

CDU Literatur- und Leseförderung besitzen weiterhin einen hohen Stellenwert. Die Rolle der Kinder- und Jugendbildung kann hierbei eine maßgeblich unterstützende sein.

LINKE Literatur- und Leseförderung halten wir für eine vordringliche Bildungsaufgabe in Sachsen-Anhalt. Das resultiert aus grundsätzlichen Erwägungen. Lesekompetenz ist ein wesentlicher Schlüssel zu jeglicher Bildung und Kultur, ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Wir rücken aber Lesekompetenz auch deshalb so ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit, weil Sachsen-Anhalt immer noch bei allen einschlägigen Erhebungen erhebliche Defizite attestiert werden. Insbesondere ist die Risikogruppe der besonders schwachen Leserinnen und vor allem Leser zu groß. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE schon in dieser Wahlperiode das Problem im Landtag thematisiert und ein Landeskonzept zur Leseförderung gefordert. Wir werden diesen

Weg nach der Wahl konsequent fortsetzen. Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung nur erfolgreich verlaufen kann, wenn nicht nur die Schulen ihre Anstrengungen erhöhen sondern Lese- und Literaturförderung von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren als eine wichtige Aufgabe aufgegriffen wird. Die Kinder- und Jugendbildung schließen wir hier ausdrücklich ein. Wir halten auch auf diesem Gebiet Kooperationen von Schulen und außerschulischen Trägern für sinnvoll. Solche Kooperationen wollen wir anregen auszubauen.

Mit dem Bibliotheksgesetz, welches in dieser Legislaturperiode auch aufgrund einer Initiative der Linksfraktion zustande kam, soll ein wichtiger Beitrag zu Leseförderung geleistet werden. Ein Ziel des Gesetzes ist, die Zugangsbarrieren zu öffentlichen Bibliotheken zu senken und somit auch die Lust am Lesen zu wecken. Des Weiteren unterstützt DIE LINKE die Projekte des Friedrich-Bödecker-Kreises, welche einen erheblichen Beitrag zur Leseförderung im Land leisten.

SPD Die Literatur- und Leseförderung wird für die SPD in den nächsten Jahren auch weiterhin einen hohen Stellenwert genießen. Insbesondere durch die Verabschiedung des Bibliotheksgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ist es gelungen, Bibliotheken als Bildungseinrichtungen zu definieren und ihre Bedeutung für die Leseförderung festzuschreiben. Um die Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler im Land zu steigern, werden wir gemeinsam mit außerschulischen Institutionen, wie z. B. dem Friedrich-Bödecker-Kreis und dem Bibliotheksverband ein Maßnahmenbündel schnüren.

FDP Die Freude am Lesen ist der Schlüssel zur Lesefähigkeit. In Sachsen-Anhalt gibt es bereits einige interessante Projekte mit Landesunterstützung, die auch weitergeführt werden sollten. Mädchen lesen im Durchschnitt häufiger als Jungen und haben wohl deshalb auch eine bessere Lesefähigkeit. In den nächsten Jahren wird verstärkt darauf Aufmerksamkeit gerichtet werden müssen, wie es gelingen kann, Jungen (wieder) für das Lesen begeistern zu können. Im Deutschunterricht sollte darüber hinaus stärker junge Literatur aus dem Land selbst Berücksichtigung finden, um die Interessen der Schüler besser anzusprechen und neuen Autoren eine Empfehlung zu geben.

GRÜNE Wir setzen uns sehr dafür ein, den Bildungsauftrag an die Kitas generell stark auszubauen. Dazu gehört auch die Leseförderung. Zum Beispiel sollte regelmäßiges Vorlesen in den Kitas selbstverständlich sein und das Lesen lernen bereits in der Kita beginnen. Das erfordert eine entsprechende Qualifizierung des Personals. Die Leseförderung an den Schulen muss flächendeckend intensiv betrieben werden. Es gibt Schulen, an denen das vorbildlich funktioniert. Auch muss der Zugang zu Büchern über öffentliche Bibliotheken für Kinder und Jugendliche kostenlos sein. Die vorhandenen Schulbibliotheken müssen weiterhin gefördert werden. Auch unterschiedliche Formen der Kooperation von öffentlichen und Schulbibliotheken sind denkbar.

16. Welche Rolle spielt die Kultur bei integrativen Projekten für Migrant_innen? Wird es im Bereich „Integration von Migrant_innen“ eine gezielte Förderung geben?

CDU Bei einem geringen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund in Sachsen-Anhalt stellt sich das Problem nur in relativ wenigen Brennpunktschulen des Landes. Eine gezielte Förderung setzt innovative Projekte voraus.

LINKE Der Nationale Integrationsplan, verabschiedet im Jahr 2007, und die nachfolgenden Länderprogramme sind eine grundlegende Analyse der Probleme der Integration von Migrantinnen und Migranten in das Leben in Deutschland und zugleich Grundlage für konkrete Maßnahmenpläne, mit denen das Zusammenleben von Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden soll. Weltoffenheit, Toleranz und ein friedliches Miteinander sind nur erreichbar, wenn der andere in seiner Lebensweise anerkannt und geachtet wird. Der Kultur kommt dabei eine besondere Rolle zu, wenn es darum geht, Tradition, Lebensweise, Kunst und Geschichte lebendig so zu vermitteln, dass Vorurteile abgebaut und die Achtung voneinander gestärkt werden. Von daher unterstützt DIE LINKE grundsätzlich die Förderung der integrativen Kulturprojekte, die von verschiedenen Trägern wie z.B. dem Verein Miteinander, der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V., der Landeszentrale für kulturelle Jugendbildung und vielen anderen ins Leben gerufen werden, und sieht im Veranstaltungszentrum „Welt-

offenes Sachsen-Anhalt“ zu den Sachsen-Anhalt-Tagen ein geeignetes Konzept, diesen Gedanken demonstrativ zu vermitteln. Wir setzen uns dafür ein, dass hierfür auch künftig sowohl Bundes- wie Landesmittel bereitstehen. Von besonderem Gewicht ist in diesem Kontext aus Sicht der LINKEN der Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als ein Kampf zur Verteidigung der Kulturen und des kulturellen Zusammenlebens in unserem Land.

SPD Selbstverständlich spielt die Kultur bei integrativen Projekten für Migrantinnen und Migranten eine nicht unerhebliche Rolle. Die Aneignung der deutschen Sprache sowie die Kenntnis der deutschen Gebräuche und Kultur sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Das widerspiegelt sich auch in der Förderung. Durch die Einbindung von Migrantinnen und Migranten in die kulturelle Tätigkeit von Vereinen und Künstlergruppen kann eine Integration befördert werden.

FDP Bei Integrationsprojekten für Menschen mit Migrationshintergrund spielt Kultur ganz sicher eine Hauptrolle. Nicht zuletzt eröffnet gerade Kultur das Interesse am Erlernen der deutschen Sprache. Als Träger der Sozialhilfe ist dies zunächst eine Aufgabe der Kommunen. Bereits jetzt gibt es interessante Projekte zur Integration von Migrantinnen und Migranten, teilweise auch mit Unterstützung des Landes. Daran sind im Moment keine Abstriche geplant.

GRÜNE Rein von der Anzahl her scheint uns die Integration von MigrantInnen in Sachsen-Anhalt kein großes Problem zu sein. Grundsätzlich halten wir die Förde-

rung kultureller Projekte, die die Integration von MigrantInnen zum Ziel haben, für sehr sinnvoll.

7. Welchen Stellenwert soll zukünftig Medienbildung in Sachsen-Anhalt haben, wie können die Bürgermedien (Offene Kanäle, Nichtkommerzielle Lokalradios) dabei mitwirken?

CDU Für die CDU ist ein kompetenter Umgang mit den sich immer dynamischer entwickelnden neuen Medien eine notwendige Schlüsselkompetenz für alle Bürgerinnen und Bürgerinnen. Deswegen fördert die Landesmedienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) in ihrem Medienkompetenzzentrum seit 1998 Fähigkeiten im Umgang mit neuen Medien. Als CDU sind wir für eine vielschichtige Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt – bestehend aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und privaten kommerziellen wie nichtkommerziellen Rundfunkveranstaltern. Offene Kanäle bzw. Bürgermedien sind aus unserer Sicht eine wesentliche Säule des Privatrundfunks und leisten einen wichtigen Beitrag für die Medienvielfalt in Sachsen-Anhalt. Sie stehen als junge und unabhängige Formate für Medienkompetenz und Medienbildung. Für ihre bestmögliche Erreichbarkeit setzen wir uns ein. Die Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) sichert bereits heute den kostenlosen Zugang zu TV-Produktions- und Sendeanlagen über das Internet. Auf dem sogenannten „Medienportal Sachsen-Anhalt“, das im September 2010 erfolgreich (www.medienportal-lsa.de) gestartet werden konnte, werden nahezu alle privaten Radio- und Fernsehprogramme sowie Bürgermedien in Sachsen-Anhalt per Livestream gebündelt.

Damit sind Bürgermedien aus Sachsen-Anhalt weltweit empfangbar. Die Möglichkeiten einer verbesserten Erreichbarkeit auch im Wege des Ausbaus digitaler Kabelnetze müssen künftig noch intensiver erörtert werden.

LINKE Angesichts der rasanten Entwicklungen im Mediensektor und der wachsenden Nutzung des Internets durch die Bevölkerung ist eine solide Medienbildung, insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen, von grundlegender Bedeutung, sowohl hinsichtlich der Nutzung der technischen Möglichkeiten als auch der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Teilnahme am internationalen Datentransfer. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Persönlichkeits- und Datenschutz. Dieser Aspekt der Medienbildung kann, da er im Prinzip die gesamte Bevölkerung erreichen muss, grundsätzlich nur über die Massenmedien selbst realisiert werden. Neben den schulischen Angeboten werden darüber hinaus in breitem Maße Kursangebote der Volkshochschulen und anderer Träger gebraucht, um ein adäquates Maß an Medienbildung zu erreichen. Die Frage impliziert noch einen weiteren Gesichtspunkt der Medienbildung, nämlich den Kenntniserwerb durch eigene Arbeit mit Bild- und Tonmedien. Auf diesem Gebiet leisten die Offenen Kanäle und die nichtkommerziellen Lokalradios eine wichtige Arbeit. DIE LINKE hat sich in der Vergangenheit energisch dafür eingesetzt, dass in Sachsen-Anhalt Offene Kanäle und nichtkommerzielle Lokalradios lizenziert werden und bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit entsprechende Unterstützung durch die Landesmedienanstalt erhielten. Wir schätzen die Arbeit dieser Bürgermedien hoch und werden uns auch künftig für deren Belange einsetzen. Mit dem massenhaften

Verkauf von Filmkameras und Tonaufzeichnungsgeräten und den Möglichkeiten, auf dem Heimcomputer mit semiprofessionellen Programmen CDs und DVDs selbst zu kreieren, haben sich neue Bedingungen für die individuelle Medienbildung herausgebildet, die in ihrem Umfang die Mitwirkungsmöglichkeiten bei den Offenen Kanälen und nichtkommerziellen Lokalradios bei Weitem übertreffen. Das widerspiegelt sich noch ungenügend in den medienpolitischen Entscheidungen. Die Fraktion DIE LINKE hat sich in dieser Legislaturperiode intensiv mit dem Medienpädagogischen Manifest auseinandergesetzt. Dieses enthält auch für unser politisches Agieren interessante Anregungen, um die Medienpädagogik im Land zu profilieren.

SPD Das Thema „Medienbildung“ wird zunehmend an Bedeutung gewinnen. Der Landtag hat dazu auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion im September 2010 einen Beschluss gefasst und die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung der Medienkompetenz in Sachsen-Anhalt zu erarbeiten.

FDP Medienbildung wird in Zukunft einen größeren Stellenwert bekommen müssen, um Kinder und Jugendliche auf die Anforderungen der Informationsgesellschaft vorzubereiten. Die Chancen aber auch die Gefahren die mit der Nutzung von Medien einhergehen, müssen fächerübergreifend Bestandteil des Unterrichts sein. Statt staatlicher Kontrolle durch Verbote setzt die FDP in erster Linie auf Selbstverpflichtungen der Anbieter. Deshalb unterstützen wir Initiativen, die Kinder, Lehrer und Eltern im kritischen Umgang mit Medieninhalten schulen und weiterbilden. Bürgermedien können dabei ganz sicher helfen.

Sie geben Impulse für soziale und kulturelle Aktivitäten. Die FDP betrachtet die Arbeit der Bürgermedien als einen unverzichtbaren Teil der Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt und spricht sich auch weiterhin für deren Förderung aus. Die Vereine müssen ihrerseits eine zeitgemäße Ansprache vor allem für junge Leute entwickeln. Gute Beispiele gibt es dafür bereits.

GRÜNE Mit dem Ziel der Jugendförderung und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements unterstützen wir derartige Projekte.

18. Trägerförderung: Ist die Landespolitik bereit, die kulturelle Trägerlandschaft bei der Akquise von EU-Projekten und europäischen Mitteln organisatorisch und materiell zu unterstützen (Beratung, Ko-Finanzierung, Bürgschaften)?

CDU In dem finanziellen Rahmen, der durch den Landeshaushalt vorgegeben ist, ist eine Förderung denkbar.

LINKE DIE LINKE steht hinter der Forderung nach Unterstützung der kulturellen Trägerlandschaft bei der Akquise von EU-Projekten und europäischen Mitteln und spricht sich für die Wiederbelebung der Informationsstelle zur EU-Politik und –Fördermöglichkeiten aus, an die sich Bürgerinnen und Bürger und Vereine wenden können, um notwendige, qualifizierte Hilfe bei der Antragstellung auf Fördermittel zu bekommen, wie es sie für kleinere Unternehmen und ExistenzgründerInnen beim Wirtschaftsministerium, bei der Investitionsbank | [weiter auf Seite 27](#)

THEMA 5:

BREITENKULTUR,

HOCHKULTUR,

KULTURWIRT-

SCHAFT

Ist das Kunst oder kann das weg? Die Politik tut sich oftmals schwer, Breiten- und Hochkultur getrennt voneinander zu erfassen und den beiden Bereichen die Unterstützung zu geben, die sie brauchen. Auch, dass Kunst und Kultur ein prosperierender Wirtschaftsfaktor sind, scheint sich noch nicht in allen Reihen des Landtags herumgesprachen zu haben. Oder etwa doch?

Fortsetzung von Seite 25 | oder dem EIC – Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt gibt. Aus unserer Sicht braucht Sachsen-Anhalt eine zentrale Anlaufstelle in der Landesverwaltung, die allen Antragstellern hilft, an die zuständigen Stellen in den Fachministerien zu kommen, um zielgerichtete Beratung zu erhalten und eine schnelle Bearbeitung der Anträge zu gewährleisten. Dies ist auch unter dem Aspekt häufig kurzer Laufzeiten der spezifischen EU-Programme dringend erforderlich. Kofinanzierungen und Bürgschaften aus dem Landeshaushalt heraus gibt es für derartige Projekte in Sachsen-Anhalt nicht. Im Wissen darum, dass es Trägern im Kulturbereich aufgrund fehlender Eigen- und Drittmittel oft nicht möglich ist, EU-Projektfördermittel abzugreifen, wird DIE LINKE das Problem der Kofinanzierung bei Bundes- und EU-Programmen im Rahmen der Möglichkeiten des Landes in der kommenden Legislaturperiode im Landtag thematisieren.

SPD Im Hinblick auf eine Unterstützung der kulturellen Trägerlandschaft bei der Akquise von EU-Projekten und europäischen Mitteln können wir uns gut vorstellen, dass einerseits durch das Land abrufbare Informationen bereitgestellt werden und andererseits bei Bedarf Beratungen erfolgen können. Ob in Einzelfällen eine Ko-Finanzierung möglich ist, muss jeweils geprüft werden.

FDP Das Land hilft bereits jetzt bei der Akquise von europäischen Fördermitteln. Was allerdings Ko-Finanzierung und Bürgschaften angeht, müssen auch zukünftig die Träger nachweisen, dass das jeweilige Projekt fördermöglich und förderwürdig ist.

GRÜNE Das sollte das Land unbedingt tun.

Die Einwerbung von EU-Mitteln ist ohne eine solche Unterstützung kaum möglich. EU-Projekte schaffen neben dem Zufluss von Mitteln auch eine positive öffentliche Aufmerksamkeit, die für das Land nützlich ist.

19. Welchen Stellenwert hat die sogenannte Breitenkultur im Vergleich zur „Hochkultur“, wie soll sich dies in der Landesförderung auswirken?

CDU Es müsste die Frage geklärt werden, was alles unter Breitenkultur zu verstehen sein soll. Grundsätzlich sind beide Bereiche zu fördern. Es ist jedoch unstrittig, dass die Hochkultur in der Regel ein höheres Maß an Förderung beansprucht. Ziel der Landespolitik wird es sein, einen gerechten Ausgleich beider Bereiche zu erreichen.

LINKE Grundsätzlich betrachtet DIE LINKE die sogenannte Breitenkultur gegenüber der sogenannten Hochkultur als gleichwertig. Ein attraktives Kulturland kann nicht ausschließlich auf die Förderung einer der beiden Säulen setzen, uns ist jedoch bewusst, dass die Förderung der Hochkultur kostenintensiver ist. Sachsen-Anhalt verfügt neben herausragenden überregional bedeutsamen Kultureinrichtungen über ein funktionierendes Netz an soziokulturellen Vereinen, Initiativen und Veranstaltungsorten, welche aus unserer Sicht im Landesinteresse sind. Deshalb sollten diese auch künftig vom Land mitgefördert werden.

SPD Die Breitenkultur kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, da sie vornehmlich auf bürgerschaftlichem Engagement fußt. Sie

sorgt für ein vielfältiges kulturelles Angebot vor Ort und ermöglicht die Teilhabe vieler, insbesondere junger Menschen. Wir wollen, dass sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger in das kulturelle Leben einbringen und selber aktiv werden. Um diese ehrenamtliche Kunst- und Kulturarbeit zu stärken, strebt die SPD eine Vereinfachung der Verwaltungs- und Zuwendungspraxis an.

FDP Die Förderung der Kultur ist vor allem Aufgabe der Kommunen. Die Kommunen sind finanziell so auszustatten, dass sie diese auch erfüllen können. Deshalb hat die FDP-Fraktion im Landtag im Jahr 2009 einen eigenen Entwurf eines Finanzausgleichsgesetzes für die Kommunen vorgelegt, der leider an CDU und SPD scheiterte. Vorgesehen waren hier Erhöhungen der Zuweisungen für die Kommunen des Landes in Höhe von 170 Mio. Euro deren Finanzierung aus dem Landeshaushalt auch nachgewiesen wurde. Hochkultur hat allerdings einen so hohen Zuschussbedarf, dass dieser nicht allein von Kommunen getragen werden kann. Hier steht es auch weiterhin im Landesinteresse, unterstützend tätig zu werden. Dabei wird es auch keine Einschnitte geben. Gleiches gilt für die Förderung der Breitenkultur durch das Land, die auf jetzigem Niveau weitergeführt werden sollte.

GRÜNE Diese Aspekte der Kultur sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Land braucht beides. Sie ergänzen sich und sollten in einer gesunden Mischung von der Landespolitik gefördert werden. Wir setzen uns zum Beispiel für den Erhalt möglichst vieler Schulen im ländlichen Raum ein. Nicht nur um kurze Wege für die Schülerinnen zu erhalten, sondern auch damit die

Räumlichkeiten für kulturelle Nutzungen zur Verfügung stehen. Das Land ist für viele Bürger und Besucher nur attraktiv, wenn auch professionelle Angebote der „Hochkultur“ vorhanden sind. Der bisherige Umfang dieses Angebots sollte keinesfalls verringert werden.

20. Könnte und sollte durch Maßnahmen der Landespolitik das „Klima“ für Breitenkultur, Volkskunst, Amateurkunst, Kinder- und Jugendkultur verbessert werden?

CDU Dies ist ein durchaus erstrebenswertes Ziel.

LINKE Um eine landesweite Dachorganisation zur Förderung der Soziokultur stärker als bisher zu etablieren, prüft die Linksfraktion derzeit die Möglichkeit einer institutionellen Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Sachsen-Anhalt (LASSA). Wir sehen darin auch eine Maßnahme, die in der Breitenkulturszene als kulturpolitisches Signal für eine Klimaverbesserung aufgenommen werden wird.

SPD (s. Antwort auf Frage 19, Anm. d. Red.)

FDP Das ist vor allem Aufgabe der Akteure vor Ort, das Land sollte hier nicht reinreden. Wohl aber wird das Land mit Zuschüssen wie bisher auch für Projekte und Vereine, sowie durch kulturelle Bildung an den Schulen Unterstützung geben.

GRÜNE Die Landespolitik muss dafür sor-

gen, dass vorhandene öffentliche Räumlichkeiten erhalten bleiben und für diese Zwecke genutzt werden können. Derartige Angebote werden zumeist durch bürgerschaftliches Engagement realisiert und müssen nicht mit großen Kosten verbunden sein. Mit einer Würdigung besonderer Leistungen auf diesem Gebiet durch die Landesregierung, etwa eines Landespreises, kann das Klima für Breitenkultur gefördert werden, ohne den Landesetat sehr zu belasten. In einem gewissen bescheidenen Umfang ist eine Möglichkeiten zu besonderen Projektförderungen sinnvoll.

21. Welche Bedeutung in der Kulturförderung soll die Kunststiftung Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Breitenkultur haben?

CDU Anspruch der Kunststiftung sollte es sein, Projekte mit überzeugender Qualität zu fördern.

LINKE Die Arbeit der Kunststiftung Sachsen-Anhalt ist vorrangig auf die Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens angelegt. Fördermittel werden bereitgestellt für die Produktion neuer Kunstwerke, ihre Präsentation und die Förderung sachsen-anhaltischer Künstler. Insgesamt betrachtet DIE LINKE die bisherige Tätigkeit der Kunststiftung einschließlich der Förderkriterien kritisch und fordert eine Evaluierung ihrer Arbeit ein. Über konkrete Veränderungen im Förderauftrag der Kunststiftung kann erst nach der Evaluierung entschieden werden.

SPD Der Stiftungszweck der Kunststiftung ergibt sich aus der Satzung. Er besteht vornehmlich in der Förderung der zeitgenössischen Kunst und Kultur in Sachsen-Anhalt. Das schließt jedoch nicht aus, dass auch Projekte der Breitenkultur förderfähig sind. Über eine weitergehende Förderung kann nur der Stiftungsrat befinden.

FDP Am Stiftungszweck, nämlich der Förderung der bildenden und angewandten Kunst, den darstellenden Künsten Film und Theater, Medienkunst, Literatur und Musik sowie interdisziplinärer Projekte, sollte nicht gerüttelt werden. Die Förderung von Projekten zur Breitenkultur bleibt kommunale Aufgabe.

GRÜNE BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sehen in der Kunststiftung Sachsen-Anhalt eine sehr gute Möglichkeit, unabhängig vom haushaltspolitischen Tagesgeschäft künstlerische und kulturelle Projekte fördern zu können. Diese Möglichkeit sollte insbesondere in der Weise genutzt werden, dass Projekte ermöglicht bzw. unterstützt werden, die auf anderen Wegen nicht realisierbar sind. Ein Grundgedanke bündnisgrüner Politik und bündnisgrünen Handelns ist die Ermöglichung von Teilhabe Aller, auch Teilhabe an Kultur und kultureller Bildung. In diesem Sinne könnte die Kunststiftung auch Projekte unterstützen, die Ehrenamtliche, Kinder und Jugendliche in der Teilhabe an Kunst unterstützt.

22. Wie können Absolventinnen und Absolventen künstlerischer, kulturpädagogischer und kulturwissenschaftlicher Studiengänge in Magdeburg, Halle und Merseburg im Land gehalten werden? Gibt es Überlegungen, die Kulturwirtschaft zu stärken?

CDU Sachsen-Anhalt ist ein reiches Kulturland. In den letzten Jahren hat es eine grundsätzliche Hinwendung bzw. Öffnung hin zu einem Kulturtourismus gegeben, der auf einer breiten Kulturwirtschaft aufbaut. Dies ist eine reelle Chance für Absolventen, im Land zu bleiben.

LINKE DIE LINKE ist grundsätzlich der Meinung, dass die Kulturwirtschaft in Sachsen-Anhalt in ihrer ganzen Breite weiter gestärkt werden soll und dafür entsprechende Fördermittel bereitstehen müssen. Wir gehen davon aus, dass attraktive Arbeitsplätze ein ganz wesentlicher Faktor dafür sind, dass sich junge Leute entscheiden, ihren Lebensmittelpunkt in Sachsen-Anhalt zu finden. Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode dafür stark gemacht, dass die Empfehlungen des 2. Kulturwirtschaftsberichts Sachsen-Anhalt, insbesondere zur Medienwirtschaft und zum weiteren Ausbau des Medienstandortes Halle, stärker in den politischen Entscheidungen auf Landesebene beachtet werden. Das MMZ in Halle erfüllt seine Funktion, jungen Medienfirmen Starthilfe zu geben und Kristallisationspunkt für Kooperationen von Fachleuten und Firmen zu sein. Es hat sich im Sinne der Frage als Ortsbindung aufbauendes Projekt entwickelt.

SPD Kulturpolitik ist auch ein Impulsgeber für den Arbeitsmarkt. In kaum einem anderen Bereich haben Arbeitsplätze mit vergleichsweise minimaler öffentlicher Förderung eine solche Dynamik, weitere Beschäftigung zu schaffen. So gibt es gerade im Kultursektor alle möglichen Formen sinnstiftender Tätigkeiten im fließenden Übergang von Erwerbsarbeit, sozial-gemeinnützigem Engagement und aktiver Freizeitgestaltung. Vor diesem Hintergrund wollen wir Existenzgründungen im Kulturbereich stärker fördern und dazu beitragen, dass die verschiedenen Vertreter der Kulturwirtschaft in Sachsen-Anhalt (u. a. Hochschulen, Firmen und Interessenverbände) noch stärker miteinander kooperieren.

FDP Dass die Absolventen unserer Hochschulen deutschlandweit und im Ausland durchaus gefragt sind, ist zunächst einmal ein gutes Zeichen für die Qualität des Studiums. Der demographische Wandel wird ihnen langfristig auch mehr Perspektiven in Sachsen-Anhalt bieten. Wie viele Beschäftigungsmöglichkeiten es für Absolventen künstlerischer und kultureller Studiengänge gibt, ist aber hauptsächlich auch eine Frage, wie viel den Unternehmen, Kommunen und der Gesellschaft als Ganzer Kunst und Kultur wert ist, nicht zuletzt in Konkurrenz um finanzielle Ressourcen mit der Sozialpolitik. Die Kulturwirtschaft muss tatsächlich stärker von der Politik als fruchtbringendes Mischwesen aus Kultur und Geschäft erkannt werden. Insbesondere die Wirtschaftsförderung sollte den Kunstschaffenden als Selbständigen gleichbehandeln. Wobei das Kultusministerium endlich

die Realität anerkennen und sich vom Bild des von staatlichen Zuschüssen abhängigen Künstlers trennen muss. Beim Bund als Steuergesetzgeber muss das Land gemeinsam mit der Kulturwirtschaft auf einfache Steuerregeln für Künstler, Galeristen, Kunst- oder Musiklehrer dringen, die insbesondere vielfach lange Vorbereitungsphasen und aperiodische Einnahmen berücksichtigen. Zur Bereitstellung einer bezahlbaren Sozialversicherung für Künstler muss die Künstlersozialkasse in ihrer Struktur erhalten bleiben.

GRÜNE Wir sehen die Kulturwirtschaft als sehr wichtigen Wirtschaftsfaktor, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem für Sachsen-Anhalt sehr bedeutenden Tourismus. Ein vielfältiges, gut vernetztes Angebot muss Ziel der Kulturpolitik sein. Touristen, die kulturelle Angebote wahrnehmen, bringen Geld ins Land. Der Landespolitik kommt die wichtige Aufgabe zu, hier Synergieeffekte zu verstärken und neben der eigentlichen Förderung auch die Vermarktung der Angebote zu unterstützen. Die AbsolventInnen entsprechender Studiengänge lassen sich nur halten, indem die Entwicklung der Kulturwirtschaft ihnen Arbeitsmöglichkeiten eröffnet. Sinnvoll ist es, wenn das Land durch Anschubfinanzierungen und Bürgschaften interessierten AbsolventInnen mit einer guten Idee die Möglichkeit zu Existenzgründungen eröffnet.

Fin

Landtagswahlen 2011 in Sachsen-Anhalt

Diese Broschüre soll all jenen helfen, sich ein Bild über die Politik von CDU, DIE LINKE, SPD, FDP und DIE GRÜNEN zu machen, denen die Kultur, die Kinder- und Jugendarbeit oder die Bildung am Herzen liegt, die für sie arbeiten oder die ihre Angebote schätzen.

Ein Service der .lkj) Sachsen-Anhalt e.V.

Besuchen Sie uns im Internet:

 www.lkj-sachsen-anhalt.de

 www.jissa.de

 facebook.com/lkjlsa

 twitter.com/lkjlsa

ZEHN JAHRE



FREIWILLIGES SOZIALES JAHR

KULTUR